

## **Statement zum Friedenspreis**

Der diesjährige Friedenspreis geht an Dr. Josef Schuster. Diese Entscheidung haben wir als Jury im Sommer letzten Jahres nach intensiven Diskussionen und sorgfältiger Abwägung getroffen. Es war ein bewusster, gut begründeter Entschluss, aus tiefer Verantwortung gegenüber dem Anspruch dieses Preises.

Seit 1985 wird der Friedenspreis an Menschen verliehen, die sich im Sinne der Gleichstellung von Konfessionen, Kulturen und Religionen um ein tolerantes und friedliches Miteinander verdient machen. In diesem Geist wurde auch unsere Entscheidung getroffen.

Dr. Josef Schuster engagiert sich seit etlichen Jahren gegen Rassismus und Antisemitismus. Kraft seines Amtes ist er Vertreter und Sprachrohr der in Deutschland lebenden Menschen jüdischen Glaubens und ist damit eine unerlässliche Stimme für den interreligiösen Dialog und das gesellschaftliche Zusammenleben. Sein Wirken trägt dazu bei, das jüdische Leben sichtbar zu machen und Brücken zwischen unterschiedlichen Perspektiven zu bauen. Das passt in besonderer Weise zu den Zielen dieses Preises.

Während es in der Augsburger Paritätsgeschichte vor 375 Jahren nicht gelang, das Judentum gleichberechtigt neben Katholizismus und Protestantismus mit einzubeziehen, ist das jüdische Leben heute ein lebendiger und unverzichtbarer Teil unserer Stadt und unseres Landes. Das spiegeln die Preisträger, in diesem Jahr Herr Dr. Schuster, wider.

Gleichzeitig erleben wir aktuell, dass eben dieses jüdische Leben in Deutschland wieder verstärkt unter Druck gerät. Antisemitismus nimmt spürbar zu – im Digitalen und Analogen. Das erfüllt uns mit Sorge. Der Schutz dieses Lebens ist – auch und gerade vor dem Hintergrund der Shoa – unsere bleibende Verantwortung. Es ist unsere Pflicht, jüdisches Leben nicht nur zu schützen, sondern aktiv gegen Antisemitismus, Hass und Hetze einzutreten.

Einen wichtigen Aspekt möchte ich dezidiert hervorheben: Unsere Entscheidung ist getragen von der Überzeugung, dass wir deutlich unterscheiden müssen zwischen der Politik des Staates Israel und den in Deutschland lebenden Menschen jüdischen Glaubens. Diese Unterscheidung war und ist für uns grundlegend.

Die humanitäre Katastrophe im Nahen Osten und speziell im Gazastreifen ist unermesslich. Das Leid der Menschen, vor allem auch der zahllosen Kinder vor Ort ist unerträglich. Auch für mich persönlich.

Aber so groß dieses Leid auch ist – es darf nicht instrumentalisiert werden, um Antisemitismus in Deutschland zu rechtfertigen.

Menschen jüdischen Glaubens hierzulande tragen keine Verantwortung für die Politik der israelischen Regierung. Wer ihnen diese Verantwortung zuschreibt, pauschalisiert – und öffnet Antisemitismus Tür und Tor. Gerade jetzt ist es besonders wichtig, genau hinzusehen und zu differenzieren und jeder Form von Pauschalisierung oder Vorverurteilung entgegenzutreten.

Nur wenn wir diesen Werten treu bleiben, kann ein friedliches Miteinander in Vielfalt gelingen.